

Die Dauerkrise der Staatsfinanzen

Wie es dazu kam

Die Staatsfinanzen der Bundesrepublik stecken in einer schweren Krise. Niemand bestreitet heute diese Tatsache. Das Geld reicht beim Staat hinten und vorne nicht mehr, denn die Ausgaben sind den Einnahmen davongelaufen. Bis 1969 waren gesunde Staatsfinanzen die Voraussetzung einer gesunden Wirtschaft. Heute sind kranke Staatsfinanzen der ständige Ansteckungsherd für eine kränkelnde Wirtschaft. Die Gefahren wachsen, da die Finanzkrise nicht mehr auf den Bund beschränkt bleibt, von dem sie ausging. Auch die Finanzen der Länder und Gemeinden sind bedroht. Denn dort müssen Bundesgesetze ausgeführt und – oftmals allein – finanziert werden. Die Ursachen der Krise sind politische Fehlentscheidungen. Die nachfolgende Zusammenstellung der Fakten hat die Arbeitsgruppe Finanzen und Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion besorgt.

Die Krise auf einen Blick

Wenige wichtige volkswirtschaftliche Daten zeigen das Ausmaß der Krise.
Von 1970 bis 1981 nahmen zu (in v. H.):

Bruttosozialprodukt	
nominal	+ 128,1
real (in Preisen von 1970)	+ 31,7
Steueraufkommen	+ 140,5
Staatseinnahmen	+ 162,8
Staatsausgaben	+ 191,3
Zinsen	+ 414,7
Bruttoinvestitionen	+ 94,2
Schulden	+ 328,9

Die Zahlen zeigen: Die Ausgaben haben die Einnahmen bei weitem überflügelt. Die Lücke mußte mit Schulden geschlossen werden, die in den letzten Jahren geradezu explosionsartig zunahmen. Die Folge sind Zinsausgaben, die noch explosiver zunahmen. Die Staatstätigkeit wuchs viel schneller als die gesamte Volkswirtschaft.

Erschreckend blieben die staatlichen – wie auch die privaten – Investitionen zurück, womit eine entscheidende Ursache für die nachlassende Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft gesetzt wurde. Dafür wuchsen die konsumtiven Staatsausgaben um so heftiger.

Die Hauptfehler der letzten 12 Jahre

Die SPD/FDP-Bundesregierung wurde nicht müde, immer wieder zu erklären, daß die Schwierigkeiten bei uns nur vom Ausland gekommen sind. Dies ist falsch. In den letzten 12 Jahren hatte eine SPD/FDP-Regierung die Regierungsverantwortung, und sie trägt die Hauptverantwortung für folgende Fehlentwicklungen.

Dazu Dr. Hansjörg Häfele, MdB, am 17. 9. 1981 im Deutschen Bundestag:

1. Die Bundesregierung hat durch ihre Politik der „inneren Reformen“ den Staatsanteil und den Staatseinfluß ausgeweitet, das Anspruchsdenken und die Subventionsbegehrlichkeit gesteigert, die „Belastbarkeit der Wirtschaft ausprobiert“, Kostensteigerungen und sinkende Leistungsbereitschaft hervorgerufen und das Schwinden unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit eingeleitet.

Die Rücktritte der Minister Möller und Schiller 1971 und 1972 waren die ersten Blinkzeichen am Beginn dieses falschen Weges.

2. Die Bundesregierung hat, als das Ausland – vor allem durch die Ölpreissteigerungen – einen größeren Anteil an unserem Sozialprodukt verlangte, die sich dadurch verschärfende Krise zu lange als vermeintliche „Beschäftigungspolitik“ mit scheinbar bequemen Programmen der Nachfragebelebung und der Staatsverschuldung beantwortet und damit in unserem Volk eine überzogene Konsumhaltung gefördert und Substanzverzehr betrieben.

3. Die Koalition hat mit der Ausbreitung der Philosophie des Neides und mit der Herabsetzung der Unternehmer und des Leistungsdenkens bewirkt, daß der Gemeinsinn in unserem Land abnahm.

4. Die Bundesregierung hat durch eine Energiepolitik des gleichzeitigen Ja und Nein zur Kernenergie wertvolle Jahre verloren und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit geschwächt.

5. Die Bundesregierung hat die Wachstumsjahre 1978, 1979 und 1980 nicht genutzt, um die Schuldenlawine einzudämmen.

6. Die Bundesregierung, vor allem der Bundeskanzler, hat vor der Wahl 1980 das Schuldenproblem in unvertretbarer Weise verniedlicht und Warner als „Panikmacher“ abgetan.

7. Die Bundesregierung stand sich nach der Wahl infolge ihrer Wahlkampftäuschungen selber im Weg und hat nicht den Mut zur Einleitung einer Wende gehabt.

8. Die Bundesregierung hat mit dem Haushaltsstrukturgesetz 1981 verspätet, völlig unzureichend und teilweise fehlerhaft gehandelt.

Die Schuldenmaschine

Die sogenannte Reformpolitik der Regierung Brandt hat sich als eine abschüssige Einbahnstraße in eine immer höhere Staatsverschuldung, gekoppelt mit starken Schüben der Geldentwertung, entpuppt. Bereits 1971 wurde die Schuldenmaschine angeworfen, die in den Folgejahren, besonders seit der Kanzlerschaft Schmidt auf Hochtouren läuft.

Die Staatsfinanzen waren in bester Verfassung, als Brandt Ende 1969 Bundeskanzler wurde. Keine Regierung hat in der Vergangenheit eine so gute finanzpolitische Ausgangslage vorgefunden. Franz Josef Strauß hinterließ im Herbst 1969 seinem Nachfolger eine

gefüllte Kasse und gesunde Finanzen. Mittlerweile ist die Verschuldung des Bundes auf 270 Mrd. DM im Jahre 1981 angestiegen.

Das bedeutet, daß auf jeden der 22 Millionen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland bereits 23 500 DM Staatsschulden entfallen. 1982 werden die Bundesschulden auf 300 Mrd. DM heraufschnellen. Alle Gebietskörperschaften zusammen werden mit 600 Mrd. DM verschuldet sein.

Die Schuldenmaschine des Bundes hat sich folgendermaßen entwickelt:

Jahr	Neuverschuldung (netto)	Schuldenstand Bund	Jahr	Neuverschuldung (netto)	Schuldenstand Bund
1974	9,5	69,4	1978	25,9	176,2
1975	29,9	107,1	1979	25,6	201,5
1976	25,8	125,3	1980	27,1	230,0
1977	21,7	147,9	1981	37,4	268,0

Bundeskanzler **Brandt** erklärte in seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969: „Solidität wird die Richtschnur unserer Finanzpolitik sein.“

Tatsächlich hat sich hinter dem Nebelschleier schöner Worte eine immer unsolider werdende Finanzpolitik entwickelt. Der erste Bundesfinanzminister Alex Möller trat angesichts dieser Entwicklung am 13. Mai 1971 zurück. Sein Nachfolger Karl Schiller folgte seinem Beispiel nur gut ein Jahr später am 7. Juli 1972. Auch er fand bei seinen Bemühungen um eine Sanierung des Haushalts nicht die Unterstützung des Bundeskanzlers.

Helmut Schmidt, der dritte Finanzminister in den ersten 3 Jahren der SPD/FDP-Regierung, ging diesen Konflikten aus dem Wege. Sein Lösungsrezept, das er als Bundeskanzler noch in viel stärkerem Maße einsetzte, hieß: Politik auf Pump.

Die massive Verschuldungspolitik der Bundesregierung drohte bald, den heimischen Kapitalmarkt überzubeanspruchen. Bundeskanzler Schmidt blieb es vorbehalten, sich im Ausland nach neuen Geldquellen umzusehen. Ab 1980 wurden dort in massiver Form Schulden gemacht.

Nach wenigen Jahren entfallen heute von 270 Mrd. DM Bundesschulden 17%, d. h. 45 Mrd. DM auf das Ausland. Diese Entwicklung vollzog sich im wesentlichen nur in zwei Jahren, nämlich 1980 und 1981. In diesen beiden Jahren wurden fast 70% (!) der Neuverschuldung im Ausland besorgt. Damit hat die SPD/FDP-Regierung einen gefährlichen Weg der Abhängigkeit vom Ausland beschritten.

Netto-Verschuldung des Bundes im Ausland zur Haushaltsfinanzierung

– in Mrd. DM –			
1975/1976	1,2	1980	20,6
1978/1979	3,0	1981	22,8

An Warnungen hat es nicht gefehlt

Die CDU/CSU warnte eindringlich und frühzeitig vor diesem falschen Weg:

Franz Josef Strauß am 10. 9. 1971 (Presseinformation)

Immer tiefer in die Finanzkrise:

1. Die Beschlüsse der Bundesregierung zum Haushalts- und Finanzplan führen uns immer tiefer in die Finanzkrise. Die Befürchtungen, die Alex Möller zum Rücktritt veranlaßt haben, werden bestätigt.
2. Jetzt greift die Bundesregierung, die mit Steuersenkungsversprechen angetreten ist, zu Steuererhöhungen, nicht um die Leistungsfähigkeit des Staates zu verbessern, sondern um die Folgen ihrer Inflationspolitik im Staatshaushalt durch Mehrbelastung des Verbrauchsteuerzahlers auszugleichen.
3. ... Ihre unsolide Haushalts- und Finanzplanung vergrößert zugleich die Ungewißheiten über die künftige wirtschaftliche Entwicklung, die mehr und mehr die Investitionsbereitschaft zu lähmen drohen.

Albert Leicht, MdB, am 7. 4. 1972 DUD

„Die Finanzkrise wird sich also ebenso wie die Inflation ohne grundlegende Änderung der Regierungspolitik fortsetzen, darüber hinaus verstärken und unaufhaltsam zum Finanzchaos ausweiten.“

Albert Leicht, MdB, am 2. 8. 1972 DUD

„Mit dem falschen Schlagwort von der angeblichen öffentlichen Armut bei privatem Reichtum‘ soll über immer mehr Staat, über immer höhere Staatsausgaben die kalte Sozialisierung herbeigeführt werden. Den Preis muß der Bürger über eine für ihn immer spürbarere Inflation und über immer höhere Steuern und Gebühren zahlen.“ Leicht warf Schmidt als Finanzminister sein vorbehaltloses Bekenntnis zum SPD-Langzeitprogramm ... vor.

Unaufhörlich hat die CDU/CSU zusammen mit Wissenschaftlern, Bundesbank und vielen Sachkennern in den folgenden Jahren bis zum heutigen Tag vor dem verderblichen Kurs der SPD/FDP-Finanzpolitik gewarnt und mit Initiativen, Anträgen und Gesetzentwürfen versucht, die Fahrt in den finanziellen Abgrund zu stoppen. Dies war vergeblich, wie die Zahlen eindeutig beweisen.

Politik der schönen Worte

Ungerührt schlugen SPD und FDP diese Warnungen in den Wind. Statt dessen wurde der Bürger mit Phrasen getäuscht. Besonders beliebt wurden blumenreiche Wortblasen für miserable Bundeshaushalte, die heute nur noch wie Hohn klingen:

Bundeshaushalt	Leitspruch
1970 (Möller)	„Haushalt der finanzpolitischen Solidarität“
1971 (Möller)	„Haushalt 1971“
1972 (Schiller)	„Beitrag zur Wiedergewinnung unserer Stabilität“
1973 (Schmidt)	„Ausdruck finanzwirtschaftlicher Solidarität“
1974 (Schmidt)	„Fortschritt auf solider Grundlage“
1975 (Apel)	„Chance und Herausforderung zugleich“
1976 (Apel)	„Konsolidierung und soziale Gerechtigkeit“
1977 (Apel)	„Sicheres Fundament für den Aufschwung“
1978 (Apel)	„Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung“
1979 (Matthöfer)	„Den Herausforderungen der Zukunft Rechnung tragen“

Geständnisse des Unvermögens

Doppelminister Karl Schiller war der erste, der bei seinem Rücktritt Anklage gegen seine eigenen Genossen erhob. Er mußte wissen, wovon er sprach, als er am 2. 7. 1972 an Bundeskanzler Brandt schrieb:

„Es ist doch unbestritten, daß die Regierung ab 1973 schon durch die zwangsläufigen Mehrbelastungen zu Eingriffen in die Ausgaben oder zu Einnahmeverbesserungen in Milliardenhöhe gezwungen sein wird.“

„Ich bin nicht bereit, eine Politik zu unterstützen, die nach außen den Eindruck erweckt, die Regierung lebe nach dem Motto: Nach uns die Sintflut.“

„Die Regierung hat die Pflicht, über den Tellerrand des Wahltermins hinauszublicken und dem Volk rechtzeitig zu sagen, was zu leisten ist und was zu fordern ist. Diese von mir mehrfach empfohlene Strategie ist bisher im Kabinett nicht einmal andiskutiert, geschweige denn akzeptiert.“

Bundesfinanzminister Matthöfer hat dann am 31. Januar 1980 seinen Genossen in der SPD-Bundestagsfraktion in einem Brief überraschend folgendes ins Stammbuch geschrieben:

„Eine noch stärkere Kreditfinanzierung mag manchem als Ausweg erscheinen, ich habe dagegen stärkste Bedenken. Ich habe erstens Sorge vor einer immer stärkeren Zinsbelastung des Bundeshaushalts.

1973 haben wir 3 Mrd. DM für Zinsen ausgegeben; 1978 waren es 10 Mrd. DM; 1983 werden es voraussichtlich 22 Mrd. DM sein.“*

Noch einprägsamer ist der rasante Anstieg des Anteils der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes:

1973 = 3 v. H. 1978 = 6 v. H. 1983 = 9 v. H.*

„Ich kann jetzt – weder zum Steuerpaket noch sonstwo – keine weiteren finanziellen Zugeständnisse mehr machen, weil ich die Partei nicht in die Lage bringen will und darf, Leistungszusagen nach den Wahlen wieder zurücknehmen zu müssen.

Wir müssen zudem finanz- und konjunkturpolitisch und außenpolitisch handlungsfäh bleiben. Es ist nicht möglich, weitere Dauerbelastungen einzugehen, die durch Kreditaufnahme finanziert werden müßten. Allergrößte Ausgabendisziplin ist notwendig, wenn wir die Aufgaben, die auf uns zukommen werden, erfolgreich lösen wollen, wenn das deutsche Volk Vertrauen darin haben soll, daß wir die Staatsgeschäfte auch weiterhin solide und verantwortungsbewußt führen.“

Dieser Alarmbrief war seit Schiller nach vielen Jahren des Todschweigens durch SPD und FDP das erste offizielle Eingeständnis der Folgen einer leichtfertigen und miserablen Finanzpolitik von der SPD geführten Bundesregierung.

Bundesminister Genscher schrieb am 20. 8. 1981 den Mandatsträgern seiner Partei:

„Unser Land steht an einem Scheideweg . . . Die Anstrengungen von Regierung und Koalition müssen jetzt konzentriert werden auf die Vollendung des Prozesses der Haushaltskonsolidierung und auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung.“

„Weitere Eingriffe in Leistungsgesetze erscheinen uns unvermeidbar.“

„Es gilt, eine Anspruchsmentalität zu brechen, die nicht deshalb entstand, weil die heute lebende und arbeitende Generation weniger leistungsbereit wäre als ihre Vorgänger, son-

* Tatsächlich sind es bereits 1982 schon fast 23 Milliarden DM, das sind 9,5 v. H. der Gesamtausgaben des Bundes.

„...denn weil manches Gesetz geradezu zur ‚Inanspruchnahme‘ auffordert, um nicht zu sagen ‚verleitet‘. Eine Wende ist notwendig.“

„Es darf auch nicht heißen, den Verfügungsraum des einzelnen Arbeiters und Angestellten, des einzelnen Beamten, Unternehmers noch weiter einzuschränken durch Erhöhung der Belastung mit Steuern, Abgaben und Beiträgen.“

„Aber das Sparziel ist nach unserer Auffassung noch nicht erreicht.“

Auch die Union fordert schon seit Jahren eine Wende. Heute wissen wir, daß dieser selbstkritische Aufruf von Genscher zur „Wende“ nur ein kurzes Strohfeuer war.

1982 ist dieser Brief bereits Makulatur. Die FDP hat beim Beschäftigungsförderungsgesetz im Kabinett der Mehrwertsteuererhöhung zugestimmt.

Stationen einer Dauerkrise

Seit 1970 gibt es kein Jahr, in dem die Ausgaben des Staates nicht erheblich über den Steuereinnahmen lagen. Es gab aber auch kein Jahr, in dem nicht der Staatsanteil bei Einnahmen und Ausgaben stieg. Die Einnahmequote – das ist der Anteil von Steuern und Verwaltungseinnahmen am Bruttosozialprodukt – lag 1970 bei 38%. 1981 waren es fast 45%. Die Ausgaben entwickelten sich noch stürmischer. Ihr Anteil lag 1970 bei knapp 39% und sprang 1981 auf 49,5%. Die Hälfte des Bruttosozialprodukts läuft also durch die Staatskassen und wird dort neu umverteilt. (Siehe Tabelle 1)

Eine gleiche Entwicklung ist bei den Steuer- und Abgabenquoten zu beobachten. Die Steuerquote stieg von 22,7% im Jahre 1970 auf knapp 24% im Jahre 1982. Die Abgabenquote – sie schließt die Sozialversicherungsbeiträge ein – stieg von 33,6% in 1970 auf 38,6% im Jahre 1982. (Siehe Tabelle 2)

Die Arbeitnehmer haben die Hauptlast dieser Entwicklung zu tragen. Dies zeigen alle Statistiken. Im Durchschnitt waren alle Arbeitnehmer 1970 mit knapp 23% öffentlicher Abgaben belastet. 1982 werden es knapp 32% sein. Am erschütterndsten zeigt sich dies bei der sogenannten Grenzbelastung, also der Belastung jeder zusätzlich verdienten Mark mit öffentlichen Abgaben. Sie stieg von knapp 30% im Jahre 1970 auf über 60% im Jahre 1982. Das heißt, von jeder zusätzlich verdienten Mark müssen heute über 60 Pfennige an den Staat abgeführt werden. (Siehe Tabelle 3)

Die Hauptschuld an der starken Belastungszunahme trägt neben den Sozialversicherungsbeiträgen die Lohnsteuer. Sie wurde zur größten Steuer und erreicht 1982 den Rekordanteil von fast 1/3 aller Steuereinnahmen aus rd. 50 Steuern. (Siehe Tabelle 4)

Aber nicht nur die Arbeitnehmer mußten teuer die verfehlte SPD/FDP-Finanzpolitik bezahlen, sondern auch die Unternehmer. Die Jahre 1980 und 1981 brachten tiefe Einbrüche in den Einkommen aus Unternehmertätigkeit. Diese tiefen Einbrüche erklären, warum nun auch unsere Wirtschaft in der Krise steckt und zwei Millionen Arbeitsplätze vernichtet wurden, weil nämlich Geld und Vertrauen für neue Investitionen Mangelware wurden.

Da trotz munter sprudelnder Steuern und mehrfacher Steuererhöhungen die Einnahmen immer noch nicht reichten, drehte sich das Schuldenrad immer schneller. Damit wuchs die Schuldenlast pro Kopf der Erwerbstätigen 1982 auf 23 500 DM. 1969 waren es erst 4 413 DM. (Siehe Tabelle 5)

Heute fließt jede zweite Mark, welche unser Volk erarbeitet, über eine öffentliche Kasse. Dies bedeutet Einschränkung des privaten Raumes, der freien Verfügbarkeit des Erarbeiteten für die arbeitenden Bürger und die Betriebe. Notgedrungen bringt dies mit sich, mehr Staat, mehr Lenkung, mehr Bürokratie. Die Ergebnisse dieser Ideologie des

„immer mehr Staat“ liegen offen zutage: Wirtschaftskrise, zerrüttete Staatsfinanzen und Vertrauensverlust in den Staat.
So darf es nicht weitergehen.

Ein neuer Anfang ist notwendig

Niemand darf sich mit diesem falschen Weg abfinden, wer eine gesunde Entwicklung unserer Sozialen Marktwirtschaft will. Hierbei ist die Finanzpolitik ein entscheidender, womöglich der wichtigste, Hebel, um den Staat in seinen Ausgaben und Aufgaben wieder zu beschränken, um die Überbelastung der Bürger mit Steuern und Bürokratie zu verhindern und der Wirtschaft neuen Mut zu geben.

Die Politik hat die Aufgabe

- entschlossen alle öffentlichen Haushalte zu konsolidieren;
- die Leistungsbereitschaft zu stärken;
- die Investitionen zu fördern;
- durch Stetigkeit Vertrauen zu schaffen.

Hierzu dient die 7-Punkte-Offensive für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik: „Arbeit für alle durch Soziale Marktwirtschaft“, die die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages im Februar 1982 beschlossen hat:

Über alle Maßnahmen im einzelnen hinaus ist eine Rückstellung auf die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft notwendig:

- Leistung und soziale Gerechtigkeit;
- Wettbewerb und Solidarität;
- Eigenverantwortung und soziale Sicherheit.

Nur auf diesem Fundament kann die persönliche Initiative gestärkt und immer mehr Teilhabe des einzelnen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verwirklicht werden.

Tabelle 1

Die öffentlichen Finanzen im gesamtwirtschaftlichen Rahmen

Zeit	Einnahmen	Ausgaben ¹⁾	Kassen- überschuß (+) bzw. -defizit (-)	Einnahmen	Ausgaben	Kassen- überschuß (+) bzw. -defizit (-)
	Mrd. DM			in % des BSP		
1961	125,9	123,8	+ 2,1	38,0	37,4	+ 0,6
1969 ²⁾	238,0	236,7	+ 1,3	39,8	39,6	+ 0,2
1975	441,9	509,9	- 68,0	42,7	49,3	- 6,6
1980 p)	664,1	720,6	- 56,5	44,5	48,3	- 3,8
1981 ts)	693	767	- 74	44,7	49,5	- 4,8

¹⁾ Einschl. Abgrenzungsdifferenzen zwischen dem aus den Finanzierungstransaktionen errechneten Defizit und dem Saldo der Einnahmen und Ausgaben.

²⁾ Auf Grund methodischer Änderungen mit den Vorjahren nicht voll vergleichbar.

p) Vorläufig. - ts) Teilweise geschätzt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 2

Steuer- und Abgabenquote¹⁾

Jahre	Steuerquote	Abgabenquote – v. H. –
1968	22,8	32,8
1970	22,7	33,6
1975	23,4	36,8
1980	24,5	38,5
1981	23,9	38,5
1982 ²⁾	23,9	38,6
1986 ³⁾	24,5	über 39

(Steuerschätzung)

¹⁾ Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in v. H. des Brutto-
 sozialprodukts. – ²⁾ Mehr gegenüber 1970: 5 v. H. Punkte = 80
 Mrd. DM. – ³⁾ Mehr gegenüber 1970: 6 v. H. Punkte = 125 Mrd.
 DM.

Quelle: Bundesfinanzministerium

Tabelle 4

Lohnsteuerquote¹⁾

1969	18,6 v. H. der Steuereinnahmen
1970	22,8 v. H.
1975	29,4 v. H.
1980	30,6 v. H.
1981	31,5 v. H.
1982	32,2 v. H. *)

¹⁾ Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen

*) Arbeitskreis Steuerschätzung

Tabelle 5

**Schuldenlast je Erwerbstätigen
(Öff. Gesamthaushalt)**

Jahr	Schulden in DM je Erwerbstätigen
1969	4 413
1975	10 019
1980	17 901
1981 ¹⁾	20 900
1982 ¹⁾	23 500

¹⁾ Finanzplanung

Tabelle 3

**Durchschnittsbelastung und durchschnittliche Grenzbelastung von Bruttolöhnen
und -gehältern mit öffentlichen Abgaben**

Zeit	Brutto- lohn- u. gehalt- summe a)	Durchschnittsbelastung			öffentl. Abgaben	durchschnittl. Grenzbelastung f)			
		Lohn- u. Kirchen- steuer b)	Lohn- steuer b)	Sozial- versiche- rungs- beiträge		Lohn- u. Kirchen- steuer b)	Lohn- steuer b)	Sozial- versiche- rungs- beiträge	öffentl. Abgaben
					%				
1961	140 440	7,62	7,07	9,31	16,93	15,23	14,09	7,11	22,33
1969	261 100	11,01	10,10	10,74	21,75	18,75	17,19	14,12	32,87
1970	306 400	12,05	11,06	10,87	22,92	18,02	16,54	11,63	29,65
1975	479 600	15,30	14,37	12,52	27,82	15,56	1,81	33,69	18,13
1980 g)	675 500	16,97	15,95	13,61	30,58	30,13	28,12	14,83	44,96
1981 g)	705 000	16,96	15,97	14,02	30,98	16,61	16,24	23,46	40,07
1982 h)	727 800	17,57	16,53	14,33	31,90	36,51	33,95	23,86	60,37

a) Bruttolohn- und -gehaltsumme ohne öffentliche Pensionen. – b) Kassenmäßig ohne Lohnsteuer auf Pensionen. – f) Im Vorjahres-
 vergleich. – g) Vorläufige Werte. – h) Schätzwerte. – Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt und Berechnungen des Ifo-
 Instituts.